

Die Erneuerbaren Energien – Markt der Zukunft

Zu den Fragen 1 bis 5:

Ein Energiekonzept der Zukunft muss auf einen ausgewogenen Energiemix aus Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme setzen. Dabei sollen weder einzelne Energieträger noch Energietechnologien bevorzugt werden. Mit dem zielgerichteten Ausbau und der Weiterentwicklung der erneuerbaren Energien ist in gleichem Maße die Reduzierung fossiler Energieträger verbunden. Auf letztere kann nur in dem Maß verzichtet werden, wie Energiepotentiale aus nachhaltigen Ressourcen aufgebaut werden.

Wir stehen für eine verantwortungsvolle Energiepolitik, die das Klima schützt und Arbeitsplätze schafft. Unsere zukunftsgerechte, klimaverträgliche Energiepolitik hat drei Säulen: Einsparenergie mobilisieren, Effizienztechnologien fördern, erneuerbare Energien ausbauen. Angesichts unseres Energieverbrauchs sind für uns die Themen „Energiesparen“ und „Energieeffizienz“ zentrale politische Handlungsfelder. Beispielhaft zu nennen ist hier die Energiesparkampagne „Unser Ener – Unsere beste Energie ist gesparte Energie“. „UnserEner“ informiert über Energiesparen, Energieeffizienz und den Einsatz erneuerbarer Energien bei Hausbau und –sanierung. Zur landesweiten Kampagne gehören eine Beraterplattform und Landesförderung für Energiegewinn- und Passivhäuser sowie die kostenlose Energieersterberatung. „UnserEner“ wird unterstützt von einem Netzwerk von über 20 Partnern. Die Mitmach-Kampagne zeigt, wo es kompetente Beratung und Förderprogramme gibt.

Vor Bau oder Sanierung steht immer die Beratung. Die Landesregierung unterstützt die kostenlose Erstberatung aller Interessierten, unter anderem durch die Verbraucherzentrale in den 40 Energieberatungsstellen des Landes. Darüber hinausgehend unterstützt die Landesregierung ganz gezielt zukunftsweisende Standards beim Neubau durch ein Förderprogramm für energieeffiziente Neubauten. Seit November 2005 steht den kleinen und mittleren Unternehmen aus Handwerk, Industrie und Dienstleistungsgewerbe in Rheinland-Pfalz mit dem Effizienznetz Rheinland-Pfalz (EffNet) ein zentraler Ansprechpartner für alle Problemstellungen aus den Bereichen von Energie und Umwelt zur Verfügung. In einem weiteren EffNet-Projekt unterstützt das Land Rheinland-Pfalz seit Anfang rheinland-pfälzische Unternehmen bei der Durchführung von Analysen zum produktionsintegrierten Umweltschutz (PIUS). Ziel des Projektes ist es, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen durch gezieltes betriebliches Stoffstrommanagement zu stärken und gleichzeitig durch den effizienten Einsatz von Energie sowie Roh-, Betriebs- und Hilfsstoffen eine Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes zu erreichen. Verschiedene vom Land unterstützte Beratungseinrichtungen wenden sich auch an Kommunen und kommunale Einrichtungen. So berät die Transferstelle Bingen vor allem zu den Themen Energiekonzepte, Energietechnik und –systeme sowie zum wirtschaftlichen Einsatz der Kraft-Wärme-Kopplung. In diesem Bereich fällt auch die Beratung des Instituts für angewandtes Stoffstrommanagement am Umweltcampus in Birkenfeld. Das Landesamt für Geologie und Bergbau berät neben Unternehmen auch Kommunen über Potenziale und effiziente geothermische Ressourcennutzung.

Die rheinland-pfälzische SPD und die SPD-Landesregierung unterstützen die bundesweiten Ausbauziele bei den Erneuerbaren Energien. Ziel in Rheinland-Pfalz ist es, den Anteil der Erneuerbaren Energien am Stromverbrauch auf mindestens 30% bis 2020 zu erhöhen. Im Wärmemarkt soll der Anteil der Erneuerbaren mit mindestens 16% bis 2020 gegenüber 2005 verdreifacht werden. Rheinland-Pfalz setzt auf einen Mix der Erneuerbaren Energien aus Biomasse, solarer Energie, Windkraft, Geothermie sowie Wasserkraft. Die SPD-Landesregierung hat eine gezielte Förderpolitik zur Umsetzung ihrer Energiestrategien entwickelt. Wie im aktuellen 8. Energiebericht der Landesregierung aufgezeigt wird, dient ein erster Förderbaustein dem Aufbau eines breiten zielgruppenorientierten Beratungsangebots, der Entwicklung von Energiekonzepten und von Machbarkeitsstudien. Ein weiterer Förderschwerpunkt sind anspruchsvolle, gebäudebezogene Energiekonzepte. Die 12 Millionen EUR, die bis 2011 zur Verfügung stehen, ergänzen und verstärken die Bundesprogramme und setzen weitere Anreize für innovative Lösungen. Der dritte Förderschwerpunkt dient dem Ausbau der Energieinfrastruktur. Dazu steht seit dem Doppelhaushalt 2009/2010 unter anderem ein Zinszuschussprogramm zur Verfügung, das vor allen Dingen dem Ausbau von Wärmenetzen unterstützen soll. 50 Millionen EUR Investitionen können damit jährlich gefördert werden. Die Unterstützung von Innovationen, Technologieentwicklungen und Demonstrationsanlagen ist ein weiterer Förderbaustein. Das Sonderprogramm des Landes im Rahmen des Konjunkturpakets II setzt einen besonderen Akzent. Neben der energetischen Sanierung werden 20 Millionen EUR für kommunale Investitionen in die Energieinfrastruktur, Energieeffizienz und Erneuerbare Energien bereitgestellt. Damit werden landesweit 47 Projekte mit einem Investitionsvolumen von ca. 40 Millionen EUR unterstützt.

Ein „Virtuelles Kraftwerk“ bietet Lösungsansätze für die wetterbedingt schwankende Einspeisung von Strom aus den regenerativen Quellen Wind und Sonne. Das Projekt „Virtuelles Kraftwerk“ der Transferstelle Bingen wurde vom rheinland-pfälzischen Umweltministerium mit einer Summe von 250.000 Euro gefördert. Bei einem virtuellen Kraftwerk geht es um die optimierte Einsatzsteuerung dezentraler Energieanlagen. Es gilt, diese verschiedenen, unabhängig voneinander arbeitenden Einheiten zu einer nach außen hin gemeinsam wirkenden Einheit zusammenzufassen. Dies hat den Vorteil, dass damit der schwankende Energiebeitrag der einzelnen Anlagen zur Deckung des Gesamtbedarfs von anderen Anlagen innerhalb des virtuellen Kraftwerks ausgeglichen werden kann. Hierdurch kann eine kontinuierliche Deckung des Bedarfs erreicht werden. Gleichzeitig können Spitzenlasten reduziert und der Einkauf teurer Regelenergie minimiert werden. Durch geschickte Steuerung der Anlagen in Verbindung mit einem Wärmespeicher kann flexibel auf den Strombedarf im Netz reagiert werden. Die Speicherung von Wärme ist einfach und kostengünstig (z.B. in einem Wasserspeicher) möglich, Stromspeicherung dagegen ist aufwändig und teuer. Die dezentrale Struktur der Energieerzeugungsanlagen reduziert gleichzeitig das Risiko großflächiger Stromausfälle und leistet damit einen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Die Erzeugung und der Verbrauch von Energie müssen einander angepasst werden (Regelenergie). Um eine Steigerung der Wirtschaftlichkeit der Kraft-Wärme-Kopplung zu erreichen, wurde ein Test gestartet, die Leistung des virtuellen Kraftwerks im Bereich der Regelenergie (Minutenreserve) zu vermarkten. Dieser Test wurde mit den Technischen Werken Ludwigshafen AG (TWL) durchgeführt. Es zeigte sich schnell, dass dieser Weg sehr erfolgreich ist. Mit der Steag Saarenergie AG wurde ein Partner gefunden, der im Bereich der Vermarktung von Regelenergie sehr viel Erfahrung hat und die benötigte internetbasierte Vermarktungstechnik besitzt. Grundlage für den Bedarf an Regelenergie ist die Notwendigkeit, die Netzfrequenz konstant zu halten.

Die Stabilisierung der Netzfrequenz obliegt den vier Überlandnetzbetreibern. Dies sind in Deutschland die RWE, E.ON, EnBW und Vattenfall Europe. Durch die Liberalisierung des Strommarktes ist es aber für jeden Energieerzeuger möglich, den Markt der Regelenergie zu bedienen. Eine Voraussetzung für die Teilnahme an diesem Markt ist jedoch eine gewisse Mindestgröße der eingesetzten Anlagen. Diese Mindestgröße kann von den meisten kleinen Energieerzeugungsanlagen nicht erbracht werden. Das Konzept des virtuellen Kraftwerks ist hierzu eine Lösung, auch kleine Anlagen zu integrieren: Jeder einzelne Energieerzeuger fährt seine Anlage, wie geplant. Steht nun zuwenig oder zuviel Leistung im Netz zur Verfügung, werden diese Anlagen zu- oder abgeschaltet. Im Auftrag des Mainzer Umweltministeriums entwickelt die Transferstelle Bingen (TSB) seit Mitte 2004 die technischen Grundlagen zur Realisierung eines „Virtuellen Kraftwerks“. Nach einer erfolgreichen Pilotphase mit Energieanlagen an der Fachhochschule Bingen sind inzwischen 23 Anlagen in das „Virtuelle Kraftwerk Rheinland-Pfalz“ integriert. Mit diesem Projekt wird Beitrag zur Lösung der zentralen Frage der Energieversorgung der Zukunft geleistet. Die dezentrale Energieerzeugung leistet einen Beitrag zur Versorgungssicherheit.

In einem stark landwirtschaftlich und forstwirtschaftlich geprägten Land wie Rheinland-Pfalz kommt der Biomassenutzung eine besondere Bedeutung zu. Die wertschöpfende Nutzung von Biomasse voranzubringen, ist deshalb ein besonderes Anliegen der SPD-Landesregierung. Die im Jahr 2004 erstellte Biomassestudie für Rheinland-Pfalz zeigt auf, dass kurzfristig 4% des Primärenergieverbrauchs im Land durch die energetische Nutzung von Biomasse gedeckt werden können, was eingesparten Heizöläquivalenten von 821 Millionen Litern entspricht. Durch Einsparungen beim Primärenergieverbrauch können diese Potenziale auf 5-6% gesteigert werden. Aus dieser Studie wurde eine Vielzahl konkreter Maßnahmen abgeleitet, die eine effiziente Nutzung der verfügbaren Biomasse zum Ziel haben. Das „Internetportal Biomasse www.biomasse-rlp.de ist eine internetbasierte Darstellung der Biomassenutzung in Rheinland-Pfalz und dient dazu, auf bestehende Potenziale hinzuweisen und Interessenten einen Überblick über Aktivitäten und Möglichkeiten der Biomassenutzung zu verschaffen. Des Weiteren bietet der aktuelle Energiebericht der Landesregierung einen detaillierten Überblick über die unterschiedlichsten Aktivitäten des Landes bei der verstärkten Nutzung der Potenziale der Biomasse.

Zu Frage 6:

Die Frage der Energieversorgung, der damit verbunden Kosten, der Klimaauswirkungen und der wirtschaftlichen Konsequenzen sind längst zur einer Frage der sozialen Gerechtigkeit geworden. Doch angesichts der Komplexität, Multidimensionalität und der Langfristigkeit der energiepolitischen Entscheidungen (Atomausstieg) muss der Blick weg von kurzfristigen aktuellen Entscheidungen hin zu langfristigen Konzepten gehen. Fossile Kraftwerke produzieren heute den Löwenanteil des deutschen Stroms. Auch wenn der Ausbau der erneuerbaren Energien und die Steigerung der Energieeffizienz ambitioniert vorangetrieben werden, wird dies noch eine ganze Weile so bleiben. Damit Deutschland sein 40 %-Klimaschutzziel dennoch erreicht, müssen alte ineffiziente Kraftwerke dringend durch moderne hocheffiziente Anlagen ersetzt werden. Insbesondere der Anteil der Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung muss gesteigert werden, damit fossile Brennstoffe optimal genutzt werden. Dazu müssen auch zusätzliche Wärmesenken erschlossen werden. Eines der größten Hindernisse für Neuinvestitionen in Kraftwerke ist zurzeit die Unsicherheit bezüglich der künftigen Atompolitik. Solange Investoren sich nicht sicher

sein können, ob die Politik nicht den Atomausstieg rückgängig macht, werden sie nur in geringem Umfang investieren. Denn neue fossile Kraftwerke können gegen alte abgeschriebene Atomkraftwerke, deren Restlaufzeiten verlängert werden, nicht konkurrieren. Auch deswegen muss unzweifelhaft am Atomausstieg festgehalten werden. Kraftwerksbetreiber brauchen klare Rahmenbedingungen und Investitionssicherheit. Nur dann können alte, ineffiziente Kraftwerke möglichst bald durch moderne, hocheffiziente Anlagen ersetzt werden und der Anteil der Anlagen mit Kraft-Wärme-Kopplung zügig steigen.

Zu Frage 7:

Zu einer nachhaltigen Energiepolitik gehört der Verzicht auf die Atomkraft. Denn auch 20 Jahre nach Tschernobyl ist die Nutzung der Atomenergie mit zahlreichen Risiken verbunden. Dazu zählt das Risiko einer Kernschmelze mit katastrophalen Folgen (Größter Anzunehmender Unfall, GAU), das ungelöste Problem der Entsorgung der atomaren Abfälle, die Gefahr der Weiterverbreitung von Kernwaffen (Proliferationsgefahr) oder auch das Risiko eines Terroranschlags auf Atomanlagen. Aus diesen Gründen hat die Bundesregierung im Jahr 2000 nach langen Verhandlungen mit den Energieversorgern den geordneten Ausstieg aus der Atomenergie bis voraussichtlich zum Jahr 2022 vereinbart. Deutschland kann auf die Atomkraft gut verzichten. Die Versorgungssicherheit wird dadurch nicht gefährdet.

Finanzkrise – mit SRI wäre es nicht passiert

Zu Frage 8 und 9

Im Regierungsprogramm 2009 der SPD „Sozial und demokratisch. Anpacken. Für Deutschland.“ heißt es: „Wir wollen die Klimaziele erreichen und die umfassende ökologische Modernisierung der Infrastruktur, der Gebäude, des Kapitalstocks voranbringen.“ (S. 13)

Ferner heißt es darin unter der Überschrift „Vorrang für einen auf langfristigen Erfolg ausgerichtete Unternehmensführung“:

„Bilanzen und Rechnungslegung für Langfristigkeit und Nachhaltigkeit. Unternehmen sind für nicht nur dem finanziellen Gewinn der Eigentümer („shareholder value“) verpflichtet. Investoren und Öffentlichkeit brauchen gesicherte Erkenntnisse über die Leistungen von Unternehmen in den Bereichen Klimaschutz, soziale Verantwortung und Qualität der Unternehmensführung („Corporate Governance“). Gezielte und aussagekräftige Berichtssysteme über diese Indikatoren sind eine Grundlage für langfristig und nachhaltig organisierte Kapitalmärkte.“ (S. 19)

Analoge Formulierungen finden sich im so genannten „Deutschlandplan“ („Die Arbeit von morgen. Politik für das nächste Jahrzehnt.“) des SPD-Kanzlerkandidaten Frank-Walter Steinmeier (S. 50 und 51).

Schließlich findet sich im 2007 verabschiedeten Hamburger Grundsatzprogramm der SPD die Aussage: „Wir wollen, auch mit Hilfe des Steuer- und Aktienrechts, Anleger stärken, die statt schneller Rendite ein langfristiges Engagement im Blick haben.“ (S. 47)

Nachhaltige Bildung – neue Erkenntnisse für lebenslanges Lernen und Arbeiten

Bildung genießt in der Politik der SPD-geführten Landesregierung absolute Priorität. Da Bildung eine wichtige Voraussetzung ist, damit das Individuum seinen weiteren Lebensweg so eigenverantwortlich wie möglich führen kann, ist es unser Ziel, Chancengleichheit herzustellen. Wir setzen daher auf gute und kostenlose Bildung vom Kindergarten bis zum Erststudium an der Universität. Wir sorgen für eine moderne Schulstruktur, professionelle berufliche Ausbildung, gut ausgebildete Lehrkräfte und gut ausgestattete Universitäten. Um diese Ziele zu erreichen, erhöhen wir im Landeshaushalt kontinuierlich die Ausgaben für Bildung.

Reaktion auf den demografischen Wandel

Eine gute Bildung anbieten zu können, setzt gute Rahmenbedingungen voraus. Den demografischen Wandel nehmen wir dabei als Chance wahr. Wir haben bereits vor mehreren Jahren deutlich gemacht, dass wir frei werden Ressourcen, die sich aufgrund des Rückgangs der Schülerinnen- und Schülerzahlen ergeben, erneut in das Bildungssystem investieren werden.

Am Ziel, die Klassen an bestimmten Stellen zu verkleinern, halten wir fest. So achtet z.B. die Schulaufsicht bei der Bildung neuer erster Klassen darauf zu, dass diese nicht zu groß werden und die gesetzlich mögliche Klassenmesszahl von 30 Schülerinnen und Schülern nicht ausgeschöpft wird. Derlei Bemühungen führen zu einer durchschnittlichen Klassengröße von 22 bis 23 Kindern. Gleichzeitig wird die Klassenmesszahl in der gemeinsamen Orientierungsstufe der künftigen Realschule plus auf 25 abgesenkt.

Die im Schuljahr 2009/2010 startende Schulstrukturereform sehen wir auch als einen Beitrag zur Schaffung demografiefester Strukturen vor Ort fest. Die Schulen und Kommunen haben mit einer Verpflichtung zur Schulentwicklungsplanung die Möglichkeit, eine demografiefeste, auf die Bedürfnisse vor Ort zugeschnittene Schulstruktur zu entwickeln.

Eine gute Bildungspolitik als Reaktion auf die geänderten Anforderungen

Darüber hinaus lässt sich ein gutes Bildungssystem unseres Erachtens an guten Konzepten festmachen. Für uns steht dabei an erster Stelle eine gute frühkindliche Förderung, deren offensiven Ausbau wir seit 2005 mit dem Landesprogramm „Zukunftschance Kinder – Bildung von Anfang an“ vorantreiben.

Dafür haben wir zum einen den strukturellen Ausbau vorangetrieben. Der Landesanteil an den Personalkosten in Krippen wurde 2005 um zehn Prozentpunkte auf 45 Prozent erhöht. Gleichzeitig sollen die Kindergärten verstärkt für Zweijährige geöffnet werden, wobei das Land die Kosten der Träger für das zusätzlich erforderliche Personal übernimmt. Ab dem Jahr 2010 sollen Eltern auf Wunsch einen Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Zweijährige geltend machen können. Das Ausbauprogramm wirkt: Mit ca. 19 Prozent haben wir die höchste Betreuungsquote bei den unter Dreijährigen eines westdeutschen Flächenlandes. Flankiert wird das Programm durch das von der SPD stets geforderte Investitionsprogramm „Kinderbetreuungs-Finanzierung“ des Bundes. Zwischen 2008 und 2013 werden dem Land rd. 103 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Dieses Geld hilft nicht nur, den Rechtsanspruch ab 2 Jahren bis 2013 schneller umzusetzen. Es ermöglicht auch die Ausweitung des Rechtsanspruchs auf die Einjährigen bis 2013.

Investiert wird in Rheinland-Pfalz auch in die pädagogischen Inhalte. Unsere Kinder müssen die deutsche Sprache beherrschen, wenn sie in die Schule starten. Kinder mit Migrationshintergrund, aber auch Kinder deutscher Herkunft brauchen die Hilfe des Kindergartens beim Erlernen der Sprache und bei der Vorbereitung auf die Schule. Mit acht Millionen Euro pro Jahr werden die Sprachförderung und Schulvorbereitung in den Kitas durch neue Angebote weiter verstärkt. Die Kindertagesstätten können sich für eine Basisförderung oder für eine Intensivförderung entscheiden, um gezielt und bedarfsgerecht die Sprachentwicklung eines Kindes zu fördern und auf den Übergang von Kita zur Grundschule vorzubereiten. Gute Förderung setzt voraus, dass die Erzieherinnen und Erzieher die neuesten Vermittlungsmethoden anwenden können bei der Wissensvermittlung. Daher wurde vom Land ein Zwei-Millionen-Fortbildungsprogramm für Erzieherinnen und Erzieher sowie Tagespflegepersonen aufgelegt.

Damit alle Kinder gezielt gefördert werden können, wird bis 2010 der Kindergarten schrittweise beitragsfrei sein. Damit wird der Bildungszugang im Vorschulalter erleichtert und Eltern werden um durchschnittlich 700 Euro pro Jahr und pro Kind finanziell entlastet. Das Land wird dafür schrittweise aufbauend bis zu 84 Millionen Euro pro Jahr zusätzlich bereitstellen. Damit soll die Besuchsquote vor allem der Kinder, die Förderung am nötigsten haben, gesteigert werden. Das letzte beitragsfreie Kindergartenjahr besuchen schon rund 99% aller Kinder.

Intensivere und individuelle Förderung ist wichtig. Sie braucht jedoch auch Zeit. Die Ganztagschule ist daher ein wichtiger Pfeiler der rheinland-pfälzischen Reformpolitik. Dabei ist insbesondere die Hausaufgabenbetreuung wichtig, aber auch die den Unterrichtsstoff vertiefenden Inhalte oder Sprachfördermaßnahmen. Ganztagschule soll aber auch Spaß machen. Daher hat spielerisches Lernen einen hohen Stellenwert. Unterstützung leisten dabei die zahlreichen Kooperationen der Schulen mit Vereinen und Institutionen, sei es die Musikschule, die Sportvereine, das Forstamt oder die Kirchen.

Ende 2001 wurde mit der Umsetzung des Wahlversprechens der rheinland-pfälzischen SPD, bis 2006 rund 300 Ganztagschulen in Angebotsform einzuführen, begonnen. Seit dieser Zeit wurden jedes Jahr weitere Schulen in dieses Programm aufgenommen, so dass bereits im Jahr 2005 304 Ganztagschulen errichtet werden konnten. Auch in der laufenden Wahlperiode wird der Ausbau vorangetrieben. Zum Schuljahr 2009/2010 wird es insgesamt 504 Ganztagschulen in Angebotsform geben. Der Schwerpunkt liegt dabei auf den Grundschulen. Wir haben uns zum Ziel gesetzt, dass es in jeder Verbandsgemeinde und verbandsfreien Gemeinde im Land eine Grundschule in Ganztagsangebot geben soll.

Das Mittagessen ist integraler Bestandteil des rheinland-pfälzischen Ganztagschulkonzepts. Denn für viele Kinder ist ein warmes Mittagessen nicht selbstverständlich. Daher ist es auch pädagogisch sinnvoll, dass die Kinder gemeinsam eine Mahlzeit einnehmen und dabei auch soziales Lernen am Tisch erleben. Gerade für die sozialdemokratische Fraktion ist es wichtig, dass kein Kind vom Mittagessen ausgeschlossen werden darf, weil die Eltern das Essen nicht finanzieren können. Daher haben wir 2006 einen Sozialfonds für das Mittagessen an Ganztagschulen, wie auch an Ganztagskindergärten eingerichtet, mit dem das Mittagessen vor allem für Kinder aus Familien, die Sozialleistungen beziehen, bezuschusst wird.

Die bisherige Schulstruktur wird den Anforderungen der Gegenwart nicht mehr gerecht. Immer weniger Eltern schicken ihre Kinder auf eine Hauptschule. Besuchten 1980 noch 51,1 Prozent der Schülerinnen und Schüler des Sekundarbereichs I die 7. Klasse eine Hauptschule, so waren es 2006 nur noch 17,9 Prozent. Die SPD-geführte Landesregierung hat in den vergangenen Jahren viel in die Hauptschulen investiert, um die engagierte Arbeit der Lehrkräfte dort zu unterstützen. Den genannten Trend, d.h. das veränderte Bildungswahlverhalten der Eltern und sowie die gesunkene gesellschaftliche Akzeptanz dieser Schulart haben diese Bemühungen jedoch nicht stoppen können.

Wir überführen daher alle Hauptschulen im Land in größere Verbände, d.h. in Integrierte Gesamtschulen oder in die neu geschaffene Schulart Realschule plus.

Die neue Schulart Realschule plus sorgt für ein längeres gemeinsames Lernen in den Klassen 5 und 6. Mit dem Projekt „Keiner ohne Abschluss“ soll zudem gewährleistet sein, dass möglichst alle Schülerinnen und Schüler die Schule mit einem Abschluss in der Tasche verlassen. Des Weiteren werden an einigen Standorten Fachoberschulen eingerichtet, an der Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, die Fachhochschulreife zu erwerben. Mehr Durchlässigkeit und damit mehr Chancen für junge Menschen – das sind die gewichtigen Gründe für unsere Strukturreform.

Deutschland wird um seine duale Ausbildung aufgrund der optimalen Verzahnung von Praxis und Theorie beneidet. Die berufsbildende Schule besticht durch ihre Vielfalt an Bildungsgängen, ihr Angebot an Schulabschlüssen und ihre Praxisnähe. In den vergangenen Jahren haben wir die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass unsere berufsbildenden Schulen die Schülerinnen und Schüler zu dem Schulabschluss und zu dem Berufsbild heranführen, der ihren Neigungen und Fähigkeiten entspricht. Die Berufsreife, die Mittlere Reife, die Fachhochschulreife und das Abitur können in der BBS erreicht werden, verbunden mit fachtheoretischem Wissen und berufspraktischer Ausbildung.

Hochschule

Zentral für ein nachhaltig ausgestaltetes und damit zukunftsfähiges Bildungssystem ist die kontinuierliche Weiterentwicklung der Hochschul- und Forschungslandschaft. In Rheinland-Pfalz wird die Forschung an den Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen sowie deren Kooperation gestärkt und unterstützt.

Der Hochschulhaushalt ermöglicht vor dem Hintergrund der Einrichtung eines Sondervermögens „Wissen schafft Zukunft“ den Hochschulen und Instituten für die kommenden Jahre absolute Planungssicherheit. Hinzu kommen weitere Mittel für Hochschulen, Forschung und Studierendenwerke aus Mitteln des bundesweiten Konjunkturprogramms II zur verstärkten Förderung der Spitzenforschung und zum weiteren Ausbau der Forschungsinfrastruktur. Investiert wird beispielsweise in den Hochschulbau, die Anschaffung von Großgeräten, in allgemeine Einrichtungen sowie IT-Infrastruktur. In Rheinland-Pfalz sind inzwischen eine Vielzahl erstklassiger Forschungsinstitute und –einrichtungen angesiedelt, die mit der Spitzenforschung hochqualifizierte Arbeitsplätze sichern.

Entscheidend für eine zukunftsorientierte und verantwortungsbewusste Bildungs- und Wissenschaftspolitik sind jedoch ebenso die Sicherung eines sozial gerechten Zugangs zum Studium und der Ausbau der Studienplatzkapazitäten.

Bildungspolitik soll Chancengleichheit herstellen helfen, Studiengebühren dagegen versehen den Hochschulzugang mit einer erheblichen Hürde und sind überdies auch kein geeignetes Instrument der Hochschulfinanzierung. Daher gilt in Rheinland-Pfalz die Garantie eines gebührenfreien Erststudiums.

Die Studienplatzkapazitäten wurden in Rheinland-Pfalz in den vergangenen Jahren in erheblichem Maß gesteigert. Die dazu im Rahmen des Hochschulpakts festgelegten Ziele hat Rheinland-Pfalz als einziges westdeutsches Flächenland weit übererfüllt. Darin liegt auch ein wesentlicher Beitrag zur Abwendung eines drohenden Fachkräftemangels, der eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung in Frage stellt.

Weiterbildung

Bildung und Weiterbildung im Sinne lebenslangen Lernens sind ein wesentlicher Faktor sowohl der wirtschaftlichen Entwicklung und Wettbewerbsfähigkeit als auch der individuellen Bewältigung des ökonomischen, technologischen und sozialen Wandels. Mit dem Bildungsfreistellungsgesetz und dem Weiterbildungsgesetz wurden durch die SPD-Regierung in Rheinland-Pfalz erstmals ein gesetzlicher Rahmen zur strukturellen Förderung lebenslangen Lernens geschaffen.

Mit knapp 8 Mio. Euro werden Weiterbildungsmaßnahmen seitens der Landesregierung in Rheinland-Pfalz gefördert. Mit den Mitteln werden die rheinland-pfälzischen Volkshochschulen unterstützt und ebenso die übrigen anerkannten Landesorganisationen der Weiterbildung. Schwerpunkte bilden beispielsweise Alphabetisierungskurse und Maßnahmen zum Nachholen von Schulabschlüssen, ebenso Maßnahmen zur gesellschaftspolitischen Bildung und zur Gleichstellung. Beispielhaft gefördert werden auch Maßnahmen zum demografischen Wandel.

Weiterbildung schafft Möglichkeiten nicht nur zur beruflichen, sondern auch zur gesellschaftlichen Teilhabe, sei es bei der kulturellen Bildung von Kindern und Jugendlichen, sei es bei der Einbeziehung in Lernprozesse von Menschen mit Migrationshintergrund, sei es bei der Beteiligung von so genannten bildungsfernen Schichten an politischen Diskussionen und Entscheidungen.

Mehr erwerbstätige Frauen – noch weniger Kinder - Ideen für eine neue Familienpolitik?

Frage 12 a

Für viele Frauen ist der Wiedereinstieg in den Beruf nach dem Erziehungsurlaub mit großen Problemen verbunden. Das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen des Landes Rheinland-Pfalz hat vielfältige Hilfen entwickelt, die Frauen diesen Schritt erleichtern sollen:

1. Online-Informationen

Unter www.frauenetz-aktiv.de können umfassende Informationen rund um das Thema Frau und Beruf abgerufen werden. Die Internet-Plattform bietet Frauen die Möglichkeit, sich neben Bildungs- und Beratungsangeboten auch über Möglichkeiten der Kinderbetreuung und rechtliche Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes zu informieren.

2. Orientierungskurse

Diese Kurse richten sich an erwerbsfähige Frauen, die weder Arbeitslosengeld I noch Arbeitslosengeld II beziehen und nach einer mindestens 3-jährigen Familienphase wieder in den Beruf einsteigen wollen. Die Zuschüsse für Kinderbetreuungskosten ermöglichen es vielen Frauen erst, an einer solchen Maßnahme teilzunehmen.

Bevorzugt gefördert werden Orientierungsmaßnahmen, die den Weg in eine qualifizierte und zukunftsorientierte Erwerbstätigkeit ermöglichen und in Zusammenarbeit mit Betrieben durchgeführt werden.

3. Beratungsstellen "Frau & Beruf"

Die Beratungsstellen "Frau & Beruf" in Bad Neuenahr-Ahrweiler, Neustadt/W., Idar-Oberstein und Altenkirchen bieten Berufsrückkehrerinnen eine individuelle Beratung beim Wiedereinstieg in den Beruf an.

Die Aufgabe der Beratungsstellen ist es, Frauen, ausgehend von ihrer jeweiligen Lebenssituation, Informationen, Orientierung, Beratung, Unterstützung und konkrete Hilfestellungen in allen Belangen des (Wieder-)Einstiegs in den Beruf „aus einer Hand“ zu geben. Die Beratung hat das Ziel, für jede ratsuchende Frau „ihren“ individuellen Weg zurück in den Beruf zu finden.

Gleichzeitig machen die Beratungsstellen das Angebot, Frauen in ihrem Entscheidungsprozess zu begleiten und zu unterstützen und bieten ebenfalls konkrete Hilfestellungen, z. B. bei der Erstellung von Bewerbungsunterlagen und der Vorbereitung auf das Vorstellungsgespräch, an.

Auf der Grundlage einer systematischen und kontinuierlichen Arbeitsmarktanalyse, der Auswertung des Stellenangebotes sowie der inzwischen etablierten guten Kontakte zu Unternehmen vermitteln die Beratungsstellen stellungssuchende Frauen in Betriebspraktika und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse.

Eine der zentralen Aufgaben der Beratungsstellen besteht ferner darin, ratsuchende Frauen entsprechend ihrer Eignung und Neigung in Aus- und Fortbildungen bzw. Umschulungen zu vermitteln.

Neben der individuellen Beratung und Betreuung bieten die Beratungsstellen ein vielfältiges Seminarangebot im persönlichkeitsbildenden Bereich, das den Teilnehmerinnen bezüglich verschiedener Themen die Möglichkeit gibt, Erfahrungen im Schutz einer Gruppe zu machen und Verhaltensweisen zu erlernen, die ihnen im Berufsleben zu mehr sozialer Kompetenz verhelfen.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit in den Beratungsstellen besteht in dem Angebot an Seminaren und Fortbildungen, das den Berufsrückkehrerinnen zu einer Qualifizierung bzw. Angleichung des Kenntnisstandes an die heutigen Bedingungen verhilft.

Mehrere Projekte für Wiedereinsteigerinnen in Rheinland-Pfalz wurden als vorbildlich ausgezeichnet:

Die Mainzer Gesellschaft für berufsbezogene Bildung und Beschäftigung (SPAZ) und das Christliche Jugenddorfwerk Mainz (CJD) haben einen Trägerverbund gegründet, dessen Ziel die bedarfsgerechte Wiedereingliederung von Frauen in das Erwerbsleben ist. Mit Unterstützung des Landes konnte das Modell der Teilzeitschulung für Alleinerziehende erstmals in Rheinland Pfalz durchgeführt werden. Dieses Vorhaben wurde im Jahre 2001 mit dem Weiterbildungsinnovationspreis des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) ausgezeichnet. Mit Hilfe dieses Angebotes finden jährlich 50 junge Mütter eine betriebliche Ausbildung oder Umschulung und bekommen damit eine Perspektive auf eine von staatlichen Leistungen unabhängige Zukunft.

Kürzlich wurde ein Projekt des Trägerverbundes zum beruflichen Wiedereinstieg von Frauen erneut ausgezeichnet und für das Aktionsprogramm „Perspektive Wiedereinstieg“ des Bundes von einer hochkarätigen Jury ausgewählt. Bei dem rheinhessischen Projekt steht die motivierende und umfassende Vorbereitung der Berufsrückkehrerinnen im Mittelpunkt. Das geschieht durch individuelle Betreuung und Förderung der Frauen. Darüber hinaus werden gezielt kleine und mittlere Unternehmen mit Bedarf an qualifizierten Arbeitskräften angesprochen und bei der Gestaltung von familienfreundlichen Arbeitsplätzen beraten und unterstützt. Außerdem bindet das Projekt Partner und Familie der Frauen mit ein, so dass ein individueller Wiedereinstieg vorbereitet werden kann. Wichtige Basis dieses auf drei Jahre ausgerichteten Modellprojektes ist auch die enge Kooperation mit der Agentur für Arbeit und lokalen Fortbildungseinrichtungen.

Auch die Wirtschaft wird aufgrund der zunehmenden Nachfrage nach Fach- und Führungskräften auf die steigende Erwerbsbeteiligung qualifizierter Frauen angewiesen sein. Nicht zuletzt profitieren die Unternehmen erheblich von der Beschäftigung von Frauen, die nach einer Familienzeit wieder beruflich Fuß fassen wollen. Berufsrückkehrerinnen sind in der Regel hoch motiviert, zuverlässig und kompetent.

Zu Frage 12 c)

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer ist eine der großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Gründe dafür sind der demografische Wandel, der Fachkräftebedarf, eine stärkere Beteiligung von Frauen am Erwerbsleben und eine lebensphasenorientierte Personalpolitik. Gemeinsam mit der SPD-Landtagsfraktion setzt sich die SPD-geführte rheinland-pfälzische Landesregierung seit vielen Jahren für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf ein. Wir möchten, dass ein Klima entsteht, in dem eine familienbewusste Arbeitswelt selbstverständlich ist.

Familiäre Bedürfnisse geraten nicht selten in Konflikt mit den Erwartungen an Mobilität, Flexibilität und Verfügbarkeit im Arbeitsleben. Zwischen den familiären Bedürfnissen der Beschäftigten und unternehmerischen Interessen müssen Brücken entstehen. Zudem belegen Untersuchungen, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber davon profitieren, wenn sie familienbewusste Arbeitsbedingungen schaffen. Zufriedenheit und Motivation, rückläufige Ausfall- und Fehlzeiten ihrer Beschäftigten und die Senkung der Überbrückungszeiten nach der Geburt eines Kindes, sind beispielsweise Vorteile einer vorausschauenden und familienbewussten Unternehmenspolitik. Im Wettbewerb um qualifizierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben familienbewusste Unternehmen die Nase vorn.

Neben den familienpolitischen Initiativen wie dem Ausbau der Kinderbetreuung und dem Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz, der in einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung ausgeweitet werden soll, ist der Ausbau von Betriebskindergärten ein zentrales Ziel. Außerdem muss ein Teilzeitananspruch auch befristet mit einer Mindestdauer von zwei Jahren ermöglicht werden, weil wir gerade diejenigen unterstützen müssen, die im Alter zwischen 25 und 40 gleichzeitig berufliche Karriere, Familiengründung und eventuell die Pflege von Angehörigen bewältigen müssen.

Maßnahmen des Landes für eine familienfreundlichere Arbeitswelt:

- **Förderung des audit berufundfamilie**

Rheinland-Pfalz fördert das audit berufundfamilie der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung. Das audit überprüft Unternehmen auf ihre Familienfreundlichkeit, erstellt Verbesserungsvorschläge und Entwicklungsmöglichkeiten und vergibt nach drei Jahren ein Grundzertifikat, das den Unternehmen bescheinigt, familienbewusst zu sein.

- **Die Regionalkonferenzen – Ein Erfolgsmodell mit Zukunft**

Der große Erfolg der Regionalkonferenzen (300 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus der Wirtschaft) im Jahr 2007 hat gezeigt, dass sich Unternehmen unterschiedlicher Branchen und Größen für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf interessieren und sich für mehr Familienfreundlichkeit engagieren möchten. Im Vordergrund standen der Austausch der Firmen untereinander und die Präsentation von guten Beispielen. Die SPD-geführte Landesregierung hat eine Arbeitsgruppe gegründet, in der das Ministerium für Wirtschaft, die Arbeitsgemeinschaft der Handwerks-, Industrie- und Handelskammern sowie die Wirtschaftsjunioren und das Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen zusammenarbeiten. Außerdem findet im Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen regelmäßig ein Runder Tisch statt, an dem viele Akteure für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf zusammenkommen, um sich auszutauschen und die Vernetzung untereinander zu fördern.

- **Landesweiter Aktionstag „Wirtschaft+Familie=Erfolg“ für eine familienbewusste Personalpolitik in Unternehmen im März 2009.**

Der Aktionstag war Teil einer bundesweiten Aktionswoche, an der sich mehrere Länder beteiligten. Rund 200 Personalentwickler aus rheinland-pfälzischen Unternehmen haben an dem Aktionstag teilgenommen.

- **Veröffentlichung eines Leitfadens „Strategie für die Zukunft: Lebensphasenorientierte Personalpolitik“ (Hrsg.: Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Familie und Frauen Rheinland-Pfalz und Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau Rheinland-Pfalz)**

- **Beratungsstellen „Frau und Beruf“**

Die Beratungsstellen verfügen über ein breites Angebotsspektrum: Information, Unterstützung und Begleitung des Wiedereinstiegs in den Beruf nach der Familienphase, Beratung bei der Existenzgründung, Beratung bei beruflichen Problemen am Arbeitsplatz oder Aufstiegs- und Veränderungswünschen von Frauen in nahezu allen beruflichen Belangen. In Rheinland-Pfalz gibt es vier Beratungsstellen (Altenkirchen, Bad Neuenahr-Ahrweiler, Idar-Oberstein, Neustadt/Weinstraße).

- **Hilfen zur Kinderbetreuung und Pflege**

Die Internetplattform <http://www.kita.rlp.de/> des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft, Jugend und Kultur dient als Fortbildungsmedium für Kindertagesstätten und als Informationsmedium für Eltern. Sie informiert alle Interessierten über aktuelle Entwicklungen und dokumentiert schrittweise innovative Beispiele aus der Praxis und stellt sie als Anregung für andere bereit. Eltern können sich über Kinderbetreuungsangebote in ihrer Umgebung zu informieren.

Ökologie und Gesundheit – auf Prävention bedacht

Zu Frage 16 a)

Der Arbeitsplatz beeinflusst Gesundheit und Krankheit auf verschiedene Art und Weise. Wenn Beschäftigte unter gesundheitsgefährdenden Bedingungen arbeiten müssen, nicht angemessen qualifiziert oder psychisch belastet sind, kann Arbeit krank machen. Arbeit kann aber auch die berufliche und persönliche Entwicklung fördern. Aktive Gesundheitsförderung zielt darauf ab, allen Menschen ein höheres Maß an Selbstbestimmung über ihre Gesundheit - als umfassendes körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden - zu ermöglichen.

Ein geeignetes Instrument für die Umsetzung dieses Ziels ist das betriebliche Gesundheitsmanagement. Es setzt sich zusammen aus den gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen für den Arbeitsschutz und der betrieblichen Gesundheitsförderung, die stark auf die Beteiligung der Beschäftigten setzt.

Gesundheitsmanagement ist eine gemeinsame Aufgabe aller im Betrieb.

Betriebsleitungen und Führungskräfte aller Ebenen, aber auch die Betriebsräte haben eine hierbei eine besondere Verantwortung.

Zusätzlich zur bereits bestehenden steuerlichen Absetzbarkeit von Aufwendungen des Arbeitgebers für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ist zu überlegen, ob in diesem Bereich durch Förder- oder Zuschussregelungen Fortschritte zu erzielen sind. Die Gesundheitskompetenz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss gefördert werden.

Zu Frage 16 b)

Übergewicht und Adipositas gehören mit zu den größten Herausforderungen, die die Gesundheitssysteme der reichen Industrienationen heute und auch künftig zu bewältigen haben. Bewegungsmangel und ungesunde Ernährung sind die wichtigsten Ursachen für Übergewicht und Adipositas.

Was konkrete Maßnahmen angeht, um den Anteil der Menschen mit Adipositas deutlich zurückzuführen, so geht es darum, den „Nationalen Aktionsplan zur Prävention von Fehlernährung, Bewegungsmangel, Übergewicht und damit zusammenhängender Erkrankungen - InForm“ umzusetzen. Grundsätzlich sind Bewegung und eine gesunde Ernährung der Schlüssel zu Erfolg. Allerdings entspricht der aktuelle Aufwand für Maßnahmen zur Prävention dieser prinzipiell vermeidbaren Gesundheitsstörung nicht der gesellschaftlichen Wirklichkeit. Das ist ein weiterer Grund, warum wir unbedingt ein Präventionsgesetz brauchen, wofür sich die SPD seit Jahren stark macht.

Das Land Rheinland-Pfalz fördert das Adipositas-Netzwerk Rheinland-Pfalz e. V., das sich mit Adipositas überwiegend bei Kindern und Jugendlichen befasst. Das Netzwerk bringt

Fachleute miteinander in Kontakt und schafft eine Anlaufstelle für Familien, die für ihre Kinder eine Verbesserung des Ernährungs- und vor allem erreichen wollen.
Alle Maßnahmen können jedoch nur dann Erfolg haben, wenn über alle Gesellschaftsbereiche hinweg eine Vernetzung und Kooperation stattfindet.